

Österreichische Gesellschaft
für Landesverteidigung und
Sicherheitspolitik



Allgemeine Reihe Nr.83

**„Gestaltungskräfte
der internationalen Beziehungen“**

Dr. Wendelin ETTMAYER

Juni 2026

Der Autor:

Dr. Wendelin Ettmayer; geb. 1943, aufgewachsen in Neukirchen am Walde;

1960/61 Pacelli High School in Austin, Minn. 1962 Matura am Humanistischen Gymnasium in Linz; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Wien mit Promotion 1966; 1966/67 Sciences Politiques in Paris; 1969, nach Abschluss der Diplomatischen Akademie in Wien, Eintritt in den diplomatischen Dienst; ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/ Jamaika und beim Europarat; Abgeordneter zum Nationalrat; Autor.

www.wendelinettmayer.at

Die Verantwortung für den Inhalt der vorliegenden Publikation liegt allein beim Autor. Alle vertretenen Meinungen, Thesen und Darstellungen sind jene des Autors und widerspiegeln nicht die grundsätzliche Haltung der *Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik*

Die *Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik* bezweckt insbesondere durch Diskussionen, Vorträge, Publikationen, Tagungen und Symposien die Öffentlichkeit zu Sachfragen der österreichischen und europäischen Sicherheitspolitik und zur Umfassenden Landesverteidigung zu informieren.

Sie betreibt die Förderung der staatsbürgerlichen und politischen Diskussion, um so den Willen zum Widerstand gegen Bedrohungen der österreichischen Demokratie zu wecken und zu stärken.

Nur mit einer gesunden finanziellen Basis sind wir in der Lage, unsere selbstgesteckten Ziele in gleichbleibend hoher Qualität zu erreichen.

Wir freuen uns über jede Spende - gleich welcher Höhe und sehen sie als Unterstützung unserer Arbeit.

IBAN: AT 08 1400 0015 1066 5119
BIC: BAWAATWW

Sollten Sie Einladungen zu unseren Veranstaltungen wünschen, bitten wir um eine kurze Mitteilung.

Weitere Informationen zu unseren Aktivitäten finden Sie auf unserer Homepage: www.sicherheitspolitik.at

Verleger, Eigentümer und Herausgeber :

**Österreichische Gesellschaft für
Landesverteidigung und Sicherheitspolitik**

Mariahilferstr. 22/1a, 1070 Wien, Österreich
Tel. +43/664/260 2403

gls@sicherheitspolitik.at www.sicherheitspolitik.at

ZVR-Zahl : 4367 90 474

für den Inhalt verantwortlich: der Autor
Layout : Dr. Günther Rakuscha, Obst i.R. Hans Hejze, MBA,
Geschäftsführer

Die Broschüre wurde mit Unterstützung des BMLV gedruckt.

PUBLIKATIONEN



Schriftenreihen der

Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik

BROSCHÜREN

Allgemeine Reihe	82 Broschüren
Wissenschaftliche Reihe	7 Broschüren
Sonderhefte (Sonderdrucke)	36 Broschüren

MITTEILUNGSBLÄTTER

Verschiedene Themenbereiche	62 Ausgaben
-----------------------------	-------------

Persönliches Vorwort:

Für knapp 500 Jahre haben die Kolonialstaaten Europas das Weltgeschehen geprägt – machtpolitisch, militärisch, wirtschaftlich und kulturell. Das Freiheitsstreben der „besetzten“ Völker und später zwei fürchterliche Kriege haben dem ein Ende gesetzt. Seitdem wird die Weltpolitik von anderen Akteuren dominiert.

Von diesen Akteuren sticht einer besonders heraus – die Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Lange haben sie mit wirtschaftlicher Macht und militärischer Stärke alle anderen Staaten weltweit beeinflusst. Darüber hinaus hat ihr „way of life“ und der „american dream“ starke Signale ausgesendet. Coca Cola, Blue Jeans, und Burger wurden zum Synonym für das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das viele als Vorbild sahen.

Aber auch diese Dominanz war nicht unumstritten. Im Kalten Krieg bemühte sich die Sowjetunion dem Machtstreben der USA Grenzen zu setzen. Mit ihren Atomwaffen und einer großen Armee war sie als zweite Supermacht durchaus glaubhaft.

Inzwischen haben sich die Kräfte wieder verschoben. Vor allem China ist von der Werkbank des Westens zu einer tatsächlichen politischen wie militärischen Macht geworden. Der USA ist damit ein neuer ernsthafter Gegner erwachsen.

Welchen Stellenwert hat nun Europa? Die immer größer werdende Europäische Union konnte zwar Europa durch einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und eine gemeinsame Währung einen, aber nicht im erwarteten Ausmaß stärken. Einzelinteressen – politische wie wirtschaftliche – haben die EU immer wieder geschwächt und es damit in der Gegenwart dem amerikanischen Präsidenten erleichtert mit wirtschaftlichen Drohungen seine Vorstellungen durchzusetzen. Dazu kommt, dass die USA als potentester Teil der NATO auch hier Druck ausüben, um die Vormachtstellung der USA zu erhalten.

Wie kann/muss nun Europa auf die vielfältigen Krisen der letzten Jahre reagieren? Vor allem Kriege (Ukraine, Iran) mit all ihren politischen wie wirtschaftlichen Folgen haben die Grenzen der Möglichkeiten Europas und der EU aufgezeigt.

Es ist hoch an der Zeit Lösungen zu finden, die die „Selbstständigkeit“ der EU herbeiführen können. Umso mehr als ein großes Potential in allen Bereichen vorhanden ist, das auch sinnvoll genutzt werden sollte, um die EU von einem „Befehlsempfänger“ zu einem Partner auf Augenhöhe aller derzeitigen Super/Großmächte zu machen.

Dr. Günther Rakuscha

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
DIE WELTORDNUNG IM UMBRUCH	3
DAS ENDE DER AMERIKANISCHEN ALLEINHERRSCHAFT	14
WELCHE ZUKUNFT FÜR EUROPA?	25

DIE WELTORDNUNG IM UMBRUCH

Seit Beginn dieses Jahrhunderts hat es gewaltige tektonische Verschiebungen in der internationalen Ordnung gegeben. Das politische Kräfteverhältnis in der Welt hat sich verschoben; durch die wirtschaftliche Entwicklung wurden einige Länder gestärkt, andere geschwächt; das hat sich auch auf das kulturelle Selbstbewusstsein ausgewirkt. Die alte Ordnung, geprägt durch den Kalten Krieg, hat Auswirkungen auf die neue, weshalb ich mit dieser Epoche beginnen möchte.

Der Kalte Krieg

Der Kalte Krieg war eine globale ideologische, machtpolitische und in manchen Gegenden der Welt auch militärische Auseinandersetzung zwischen dem, von den Vereinigten Staaten angeführten „Westen“ und dem von der Sowjetunion dominierten Ostblock. Es gab sehr gefährliche Momente, wie 1962 die Kubakrise; aber auch Phasen der Entspannung. Der Westen verteidigte sein System von Demokratie und Marktwirtschaft; Moskau propagierte die auf Karl Marx aufbauende Ideologie des Kommunismus und unterstützte die Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“. Es gab einen Wettlauf der Systeme, aber auch in spezifischen Bereichen wie Raumfahrt und Technologie. Die von Hollywood geprägte westliche Kultur wurde vor allem für die Jugend als attraktiver Lebensstil propagiert.

Als prägender Vordenker dieser Periode kann wohl Henry Kissinger gesehen werden. Er war als Harvard Professor Theoretiker der internationalen Beziehungen, als amerikanischer Außenminister sehr wohl aber auch deren Gestalter. Wie sein Vorbild Metternich suchte er internationale Sicherheit und Stabilität im Gleichgewicht der Mächte. Kissinger war der Ansicht, Politik und Diplomatie sollten als Kunst und nicht als exakte Wissenschaft verstanden werden. Eine Außenpolitik ist demnach dann erfolgreich, wenn es gelingt, einen Ausgleich zwischen den Mächten zu erzielen. Auf dieser Grundlage fand Kissinger im langjährigen sowjetischen Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin, einen idealen Gegenspieler. Selbst während der härtesten Zeit des Kalten Krieges war man bereit zu Gesprächen.

Der Ausgang des Kalten Krieges war lange Zeit offen. Als Paul Kennedy 1987 seinen Bestseller „The Rise and Fall of the Great Powers“ veröffentlichte, glaubten viele, die für den Niedergang einer Großmacht angeführten Gründe, Überdehnung der Machtansprüche und Überschuldung, würden vor allem die USA betreffen. Doch es kam anders. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und der Schein-Charakter des politischen Systems führten zur Implosion des Landes und zum Zusammenbruch des Ostblocks.

Der Sieg der USA in Kalten Krieg

Der Sieg der USA im Kalten Krieg hat die bestehende Weltordnung neu ausgerichtet. War die nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte Ordnung sehr stark von zwei Supermächten dominiert, so sprach man jetzt von einem „unipolaren Moment“, von der alleinigen Vorherrschaft der USA. Der Stanford- Politologe Francis Fukuyama fand weltweite Zustimmung, als er das „Ende der Geschichte“ proklamierte. Nach dem Scheitern des Kommunismus hätten sich Demokratie und Kapitalismus weltweit durchgesetzt. Und das sollte, unter amerikanischer Führung, auch so bleiben. In den USA wurden die Neokonservativen eine bestimmende Kraft, überzeugt vom „American Exceptionalism“. Demnach sind die USA eine auserwählte Nation, dazu bestimmt, die Welt zu führen.

Dafür wurden neue Regeln aufgestellt, die nunmehr die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik und der auf „Regeln aufgebauten internationalen Ordnung“ bilden sollten: Ein Interventionsrecht unter dem Motto „Democracy building“; oder „Nation building“; sowie das Recht der USA, gegen Freund und Feind Sanktionen verhängen zu können. Wurden bisher in den internationalen Beziehungen Länder danach beurteilt, ob sie einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten konnten, so konnten nunmehr auch die inneren Angelegenheiten eines Staates ein Grund für eine Intervention werden. Die Kriege in Afghanistan und im Irak waren die Folge.

Nicht unwesentlich ist, dass Länder wie China oder der Globale Süden an den Grundsätzen von nationaler Souveränität und territorialer Integrität eines Landes festhalten, wie sie in der Satzung der Vereinten Nationen festgelegt wurden. Und während Hillary Clinton erklärte, „die Zeit der Interessensphären ist vorbei“- eine etwas eigenartige Feststellung für die Außenministerin eines Landes, das 800 Militärbasen auf der ganzen Welt unterhält, bestehen Russland und China darauf, dass jedes Land legitime Sicherheitsinteressen haben kann.

Es ist nachvollziehbar, dass die USA nach dem großen Sieg im Kalten Krieg bestrebt waren, ihre Vorherrschaft in der Welt auszubauen. Ein einflussreicher Theoretiker dieser Zeit war Zbigniew Brzezinski, der prognostizierte, dass der wichtigste Schauplatz für die Auseinandersetzungen der nächsten Jahrzehnte in Eurasien, also im Rahmen zwischen Lissabon und Wladiwostok sein wird. Dort würde sich entscheiden, welches Land in Zukunft die Welt führen wird. Der Oberhoheit über die Ukraine wurde dabei eine entscheidende Bedeutung beigemessen. Deshalb müsse alles getan werden, um die Dominanz Russlands über die Ukraine zu verhindern. Brzezinski kann durchaus als ein Vordenker für den Krieg in der Ukraine geachtet werden, wobei er in seiner „Großen Strategie“ aus dem Jahre 1997 auch offen sagte: Ohne die Ukraine ist Russland keine Vormacht mehr.

Tatsächlich hatte Russland in den Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion existenzielle Schwierigkeiten. Der Lebensstandard vieler Menschen sank auf ein Existenzminimum; das Land drohte auseinander zu fallen. Es war dann Wladimir Putin, dem es als Präsident gelang, diese Existenzkrise zu überwinden. Viele seiner Landsleute erachteten ihn deshalb als Retter des Landes.

Die Globalisierung- Von der Kooperation zur Konfrontation

Eine gewaltige Umwälzung, die die neue Weltordnung nach dem Kalten Krieg prägen sollte, war die Globalisierung. Durch die Politik von Ronald Reagan und Margaret Thatcher wurden, nach dem Fall der Berliner Mauer 1989, internationale Handels-schranken niedrigerissen und internationale Finanz- Transaktionen wesentlich erleichtert. Es kam zu einer starken Intensivierung des internationalen Handels; neue Technologien eröffneten neue Möglichkeiten der Kommunikation. China öffnete sich und wurde mit dem WTO-Beitritt in das kapitalistische Welt-Wirtschaftssystem einbezogen. Das Ergebnis war eine Neuordnung des wirtschaftlichen Kräfte-verhältnisses in der Welt. Während China nach dem Zweiten Weltkrieg nicht einmal für ein Prozent der Welt- Wirtschaftsproduktion aufkam, sind es heute fast 20 % und die USA erzeugten damals 60 % des Welt-BIP, heute noch 22 %.

Es war allerdings ein Irrtum zu glauben, mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Aufschwung würden Länder auch das politische System des Westens übernehmen. Die Vorstellung „Wandel durch Handel“ war eine Illusion. Vielfach war das Gegenteil der Fall. Durch die neue wirtschaftliche Dynamik gewannen Länder wie China und Indien neues Selbstbewusstsein, was zu einer Renaissance der eigenen kulturellen Werte führte.

Andererseits wurde auch in Industrieländern die Kritik an der Globalisierung lauter, was 2016 durch die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA zum Ausdruck kam. Tatsächlich brachte die Globalisierung für die einen mehr Möglichkeiten, die Chancen eines wirtschaftlichen Aufstiegs, während sie für andere den Verlust der gewohnten Lebensweisen, ja der Arbeitsplätze, bedeutete. Man kann von einer Dialektik der Globalisierung sprechen. Zunächst zeigte sich eine Tendenz zum Weltstaat, wirtschaftlich gestärkte Staaten waren aber nicht mehr gewillt, die gegebenen Machtverhältnisse anzuerkennen.

Es kam zum Wirtschaftskrieg der USA gegen China. Donald Trump, der unter dem Motto „America first“ angetreten war, verhängte zunächst Zölle auf Importe aus China. Sein Nachfolger Joe Biden, der im Wahlkampf 2020 diese Politik kritisiert hatte, entwickelte als Präsident seine eigene Politik unter dem Motto „China ist unser Feind, ja eine Gefahr für die Zivilisation der ganzen Welt“. Damit war ein Wesenselement der Globalisierung, der damit verbundene Optimismus, schwer beeinträchtigt.

Die Covid- Pandemie zeigte wesentliche Schwachstellen der Globalisierung auf. Es gab Schwierigkeiten bei den Lieferketten und die weitgehende Ent- Industrialisierung mancher Industrieländer wurde deutlich sichtbar. Exportkontrollen und staatliche Subventionierungen in vielen Ländern der Welt waren die Folge. Verschiedene Kriege, von der NATO- Bombardierung Serbiens 1999, über den US- Einmarsch in Afghanistan, den Irak- Krieg, der Krieg in der Ukraine und die Kriege im Nahen Osten führten dazu, dass sich neue Allianzen bildeten, was sich ebenfalls auf die Globalisierung auswirkte. Es kam von der Kooperation zur Konfrontation.

Der „Globale Krieg gegen den Terror“

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington haben zunächst einen enormen Schock ausgelöst. Der amtierende Präsident George W. Bush hat den „Globalen Krieg gegen den Terror“ ausgerufen. Manche sahen in den Anschlägen eine Bestätigung der Thesen von Samuel Huntingtn, wonach die Kriege der Zukunft solche zwischen Zivilisationen sein würden.

In den USA wurden durch den „Patriot Act“ die Überwachungsbefugnisse der Behörden stark ausgebaut. Die National Security Agency (NSA) erhielt die Möglichkeit, alles und jedes auszuspielen. Auch die Auswirkungen auf die internationale Ordnung waren gewaltig. Weil das Taliban- Regime in Afghanistan nicht bereit war, Osama bin Laden auszuliefern, marschierten US-Truppen, unterstützt von Verbündeten, noch 2001 in Afghanistan ein. Der Krieg wurde offiziell als „Stability Mission“ bezeichnet, die Kosten waren gewaltig.

Bis zum Abzug der US- Truppen 20 Jahre später waren 180 000 Todesopfer zu verzeichnen, darunter 50 000 afghanische Zivilisten. Der Krieg kostete, militärische Operationen und Aufrüstung der afghanischen Streitkräfte, \$ 2100 Milliarden. Schließlich wurde in Kabul wieder die Regierung der Taliban installiert. Konnte der weltweite Terror bekämpft werden? Es hat wohl eher eine Verlagerung stattgefunden, etwa ins benachbarte Pakistan; in die Sahel-Zone; von Gruppen auf Einzeltäter. Der Global Terrorism Index führt für das Jahr 2024 immerhin weltweit 3492 Terroranschläge an.

Ein ähnlich katastrophales Ergebnis zeigte der 2003 begonnene Irak- Krieg. Dieser kostete 3000 Milliarden Dollar und 300 000 Menschen das Leben, darunter 200 000 irakische Zivilisten. Der Krieg destabilisiert das Land und ermöglichte den Aufstieg des „Islamischen Staates“. Außerdem wurde durch diesen Krieg, der das laizistische Regime von Saddam Hussein beseitigt hat, der Iran wesentlich gestärkt und konnte seinen politischen und religiösen Einfluss als regionale Macht ausbauen.

Insgesamt haben diese Kriege einen gewaltigen Anstieg der Staatsverschuldung der USA bewirkt; einen Vertrauensverlust bei den Verbündeten; einen verstärkten Einfluss des Iran in der Region. Offensichtlich gibt es Probleme, die man militärisch nur schwer lösen kann.

Der Aufstieg Chinas und Indiens

Zunächst hat der wirtschaftliche Aufstieg Chinas die Welt verändert. Das „Land der Mitte“ wurde die Werkbank der Welt. Im Jahre 2000 betrug das amerikanische Bruttonationalprodukt \$10 200 Milliarden; jenes von China \$1200 Milliarden. In den darauffolgenden 25 Jahren stieg das amerikanische BIP um das Dreifache, das chinesische BIP erhöhte sich jedoch um das 16 -fache auf \$19 200 Milliarden.

Es geht aber nicht nur um den wirtschaftlichen Aufschwung. Der chinesische Präsident Xi Jinping macht keinen Hehl daraus, dass er die nach 1945 entstandene internationale Ordnung verändern und China in der neuen Welt einen bedeutenden Platz einräumen will. Im März 2023 verkündete er die „Globale Zivilisation Initiative“, die darauf abzielt, dass Regierungen nicht anderen Ländern ihre eigenen Werte und politischen Institutionen aufzwingen sollen, um ideologische Auseinandersetzungen zu führen. Die Bestrebungen des Westens, seine Menschenrechte anderen vorzuschreiben, wird als neue Art des Kolonialismus gesehen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2023 wurde die „Globale Sicherheitsinitiative“ vorgestellt. Demnach soll eine Blockbildung wie im Kalten Krieg überwunden werden und das Zusammenleben der Länder ohne Sanktionen und ohne Krieg ermöglicht werden. Und mit einer „Globalen Entwicklungsinitiative“ wirbt Peking für eine Entwicklung entsprechend dem chinesischen Modell, ohne dass dabei anderen irgendwelche Konditionen aufgezwungen werden. Die „Belt and Road Initiative“ soll als Neue Seidenstraße die Grundlage für den Ausbau eines interkontinentalen Handels- und Strukturnetzes zwischen der Volksrepublik China und über 100 weiteren Ländern dienen. Auch wenn Peking sein gesellschaftspolitisches Modell anderen Ländern nicht aufdrängen will, mehr Einfluss in der Welt wird auf jeden Fall angestrebt.

Im Gegensatz zu China wird Indien vom Westen hofiert. Der indische Ministerpräsident Narendra Modi war eingeladen, in Washington vor beiden Häusern des Kongresses zu sprechen. Grund Tenor dabei war, dass „die beiden größten Demokratien der Welt“ ihre Interessen gemeinsam verteidigen müssen. Dabei hat Indien seit der Konferenz von Bandung 1955 Wert gelegt auf eine unabhängige Außenpolitik und war ein führendes Mitglied der „Blockfreien“. Galt es seinerzeit, den amerikanischen Einfluss in der Region einzudämmen, so ist die Politik von Neu Delhi stark von der Konkurrenz mit China bestimmt es werden Allianzen gesucht, die helfen sollen, die indische Position zu stärken.

Dabei ist Indien auch Mitglied der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ mit Sitz in Peking. Diese Organisation vertritt 40 % der Weltbevölkerung und hat auch Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Auch hier ist das Ziel, eine neue Machtverteilung in der Welt zu erreichen. Als die derzeitige Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet wurde, war Indien noch Kronkolonie im Rahmen des Britischen Empire. Heute will es als „Vishwa Guru“ der Lehrmeister der Welt sein.

Die Revolution in der europäischen Diplomatie

Mit der Gründung des Europarates im Jahre 1949 hat eine „Revolution in der europäischen Diplomatie“ stattgefunden. Ziel und Mittel der Außenpolitik haben sich grundsätzlich geändert. Die traditionelle Machtpolitik wurde, zunächst in Westeuropa, durch eine Politik der Zusammenarbeit zum Wohl der Bürger ersetzt. Diese Politik baute auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit auf. Die Förderung der Wohlfahrt der Bürger wurde die Legitimation auch des außenpolitischen Handelns; der Wohlfahrtsstaat erhielt eine internationale Dimension. Kriege zur Durchsetzung nationaler und machtpolitischer Interessen wurden für diese Länder undenkbar.

Jahrhundertlang wurde Außenpolitik im Sinne der Staatsräson als Realpolitik im machtpolitischen Interesse des eigenen Landes bzw. seines Herrschers geführt. Kriege galten als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ und bei Friedensverträgen wurden Territorien und Menschen beliebig aufgeteilt. In den USA hat diese „Revolution in der Diplomatie“ nicht stattgefunden, sie betreiben weiter eine Außenpolitik im traditionellen Sinne, manchmal ganz offen, ein anderes Mal unter einer idealistischen Note. Die Außenpolitik anderer Großmächte ist in ihrer Interessensphäre realpolitisch ausgerichtet. Mit der NATO- Osterweiterung sind machtpolitisches Denken und neue Spannungen nach Europa zurückgekehrt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist durch die Gründung des Europarates, später vertieft durch die Europäische Union, in Europa eine Friedenszone entstanden. Europa führte militärische Einsätze nicht mehr zur Stärkung der nationalen Außenpolitik, sondern als internationale Friedensmissionen durch. Generationen des Friedens in Europa waren möglich, weil das auf Machtpolitik aufgebaute „Balance of Power Denken“ abgelöst wurde von einer Politik der gemeinsamen Werte, deren Einhaltung von europäischen Organisationen überwacht wurde.

„Sicherheit“ wurde in Europa neu konzipiert. War internationale Sicherheit traditionell militärische Sicherheit, so war sie unter den Mitgliedern des Europarates nur mehr zu einem geringen Teil militärisch begründet. Was war die entscheidende Veränderung? Ging es früher im Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen um die Frage: Wer ist der Stärkere (?), so umfasste internationale Sicherheit nunmehr viele Aspekte in allen Bereichen, die die Wohlfahrt der Bürger berührten.

Von der Sicherheit der Währung, über die Gesundheit und Umwelt; bis zur Bildung und der Gewährleistung der Menschenrechte. „National Security“ wurde ersetzt durch „Human Security“ reicht die Bandbreite. Europa wurde ein Kontinent des Friedens und der Wohlfahrt. In Europa leben heute 7 % der Weltbevölkerung; die Länder der EU und Großbritannien produzieren aber 20 % des Welt-BIP und konsumieren die Hälfte aller Sozialleistungen in der Welt. Europa wurde ein Kontinent der Menschenrechte, erreichte Vorbildfunktion beim Umweltschutz und eine führende Rolle bei der Entwicklungspolitik.

In den letzten Jahren, vor allem durch die NATO- Osterweiterung und den Krieg in der Ukraine, wurde dieses Europa- Projekt auf den Kopf gestellt. Die Europäische Union hat die Logik des Krieges übernommen.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine

Der Ukraine-Krieg hat das europäische Friedensmodell auf den Kopf gestellt. Aus der Europäischen Union wurde eine Kriegsallianz. Manche Entscheidungsträger in Brüssel sehen in diesem Krieg sogar eine neue Legitimation für eine europäische Union. Unter Führung der USA wurde die neue Sicherheitsordnung in Europa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gegen Russland aufgestellt. Hatte die westliche Politik im Kalten Krieg durchaus defensiven Charakter, so gingen die USA nach dem Zusammenbruch des Kommunismus offensiv vor. Wollte man im Kalten Krieg den Gegner durch „Containment“ in Schranken halten, so sollten in der neuen internationalen Ordnung Widersacher durch „Regime-change“ oder „Roll-back“ in die Knie gezwungen werden. Victoria Nuland hat diese Haltung schon vor Jahren sehr klar zum Ausdruck gebracht. In einem Telefonat mit dem amerikanischen Botschafter in Kiew stellte sie fest, die USA hätten in der Ukraine schon so viele Milliarden Dollar ausgegeben, dass sie nunmehr das Recht hätten, dort die Politik zu bestimmen. Trotz der abfälligen Bemerkungen der Amerikanerin über die EU, gab sich diese in diesem Konflikt vom Anfang an mit einer dienenden Rolle zufrieden. Als dann die USA unter Donald Trump ab 2025 eine Vermittlerrolle bernahmen, bestanden führende Exponenten der EU darauf, die Ukraine zu unterstützen „as long as it takes“.

Tatsächlich trug Brüssel eine starke Verantwortung für die Eskalation des Konfliktes. Schon anlässlich der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens 2013 verweigerte man der Ukraine die Möglichkeit, eine Brückenfunktion zwischen der EU und Russland einzunehmen. Man verlangte von Kiew, sich gegen Russland zu entscheiden. Im Dezember 2021 forderte Präsident Putin schriftliche Garantien, um die Bedrohungen Russlands durch die NATO- Erweiterung zu verringern. Gedacht war an eine militärische Neutralität der Ukraine, die Stationierung von US- Truppen an der russischen Grenze zu verbieten und die Stationierung von Raketen in Europa einzuschränken. Das russische Außenministerium legte einen Vertragsentwurf vor, der weitgehend dem entsprach, was bereits Boris Jelzin 1997 gefordert hatte.

NATO- Generalsekretär Stoltenberg erklärte später, diese russischen Vorschläge „wurden nicht einmal ignoriert“. Mit diesem Engagement der EU im Ukraine- Krieg war eine starke Kriegsrhetorik verbunden und die Ankündigung, gewaltig aufzurüsten. Aber dieser Krieg führte, weit über Europa hinaus, zu nachhaltigen machtpolitischen Verschiebungen. Russland wurde in die Arme Chinas getrieben. Durch die politische und wirtschaftliche Ausgrenzung Russlands durch die Europäer haben auch die BRICS- Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) eine wichtige Rolle gefunden. Diese Staatengruppe wird immer wieder dahingehend kritisiert, dass sie inkohärent und orientierungslos wäre. Mag sein. Aber durch die politische und wirtschaftliche Unterstützung Russlands im Konflikt mit dem Westen haben die BRICS einen ganz entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass Moskau die Sanktionen überleben konnte. Der „Globale Süden“ wurde ein neuer Faktor in den internationalen Beziehungen.

Donald Trump und seine Welt

Im Jänner 2025 begann die zweite Amtsperiode von Donald Trump als Präsident der USA. Von Beginn an hat er keinen Hehl daraus gemacht, dass er die amerikanische Außenpolitik nach seinen Vorstellungen ausrichten will. Dabei verfolgte er auch traditionelle Ziele, aber eben auf seine Weise. Sein Motto „America first“ wurde mit dem ihm eigenen Stil und den von ihm bevorzugten Methoden für die ganze Welt umgesetzt. Dort, wo andere nur geredet haben, handelt Trump, wobei er vielfach auf die militärische Macht der US- Streitkräfte setzt. Der Haftbefehl gegen den Präsidenten von Venezuela, Maduro, wurde schon unter Präsident Biden verfasst; Trump hat ihn vollzogen. Nach der Revolution im Iran 1979 haben alle amerikanischen Präsidenten von einem „Regime change“ in Teheran gesprochen, Trump hat das Militär eingesetzt, um diesen zu erreichen. Als Terroristen in Nigeria Schulkinder entführten, demonstrierte Michelle Obama medienwirksam mit einer Tafel, auf der zu lesen war „Bring our Children back“. Trump ließ die Stellungen von Entführern durch die US-Air Force bombardieren.

Was ist der Schlüssel zum Verständnis der Politik von Donald Trump? Wohl, dass er sich als Retter sieht; als Retter des eigenen Landes vor den Feinden im Inneren und gegen jene von außen. Seit er im Wahlkampf zwei gegen ihn gerichtete Attentate überlebt hat, sind er und viele seiner Anhänger davon überzeugt, dass Gott selber ihn für diese Aufgabe auserwählt hat. So wie der Dekadenz im Inneren, muss man den Abstieg der USA auch international entgegentreten. China hat wirtschaftlich und Europa militärisch gewaltig von den USA profitiert. Zölle sollen nun dafür sorgen, dass die USA re-industrialisiert werden. Und die Europäer sollen ihre Verteidigung selbst finanzieren.

In zwei Grundsatzdokumenten wurde die Außen- und Sicherheitspolitik der Trump-Regierung festgelegt: in der „National Security Strategy“ (NSS vom November 2025) und in der „National Defense Strategy“ (Jänner 2026).

Die NSS ist eine Leitlinie für die „konservative Revolution“ auf internationaler Ebene. In einer Welt, in der aufsteigende Mächte eine neue Herausforderung darstellen, soll die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten auch in der nächsten Generation sichergestellt werden. Die US- Streitkräfte müssen die stärksten und technologisch fortschrittlichsten der ganzen Welt bleiben. Das Motto lautet „Frieden durch Stärke“. Die amerikanische Außenpolitik soll realistisch sein und nicht auf abstrakte Ideale ausgerichtet. Europa sieht Trump wirtschaftlich und zivilisatorische am absteigenden Ast; China ist kein Feind, sondern ein strategischer Konkurrent, mit dem man Geschäfte machen kann. Es geht um Abschreckung durch Stärke, nicht um Konfrontation. Priorität hat die Westliche Hemisphäre, von Grönland bis Patagonien, die als US- Hoheitsgebiet betrachtet wird. Die Monroe- Doktrin wird um einen „Trump-Zusatz“ ergänzt: Auch illegale Einwanderung und Drogenhandel werden nunmehr als Gefahr für die nationale Sicherheit eingestuft. Es geht also um amerikanische Interessen in der Welt von morgen. Freund und Feind sind eingeladen, sich daran zu orientieren.

Neue Player in den internationalen Beziehungen

Traditionell waren es die Staaten, die die internationalen Beziehungen gestaltet haben. Außenpolitik war „Dmaine réservé“ des Staatsoberhauptes. In den letzten Jahrzehnten sind eine Reihe von neuen Playern auf den Plan getreten, was zu einer neuen Machtverteilung in den internationalen Beziehungen geführt hat. Die neuen Player haben neue Ziele und neue Denkweisen eingebracht, bestehende Strukturen sind unter Druck geraten. Zu diesen neuen Playern gehören die Nicht- Regierungsorganisationen (NGOs), die alten und die neuen Medien, die multinationalen Konzerne, internationale Organisationen und regionale Gruppierungen, internationale Gerichtshöfe, aber auch transnationale Netzwerke wie Terrororganisationen oder Hedgefonds. Selbst einzelne Personen treten als Akteure auf. George Clooney, Prinzessin Diana oder Bernard-Henry Lévy haben das eindrucksvoll demonstriert. Dabei hat sich allerdings gezeigt, dass es leichter ist, den Süd- Sudan als selbstständig zu erklären, als diesen als funktionsfähigen Staat einzurichten. Es ist gelungen, NATO- Bombardements in Libyen zu initiieren, das folgende Chaos konnte man nicht verhindern.

Multinationale Konzerne haben nicht nur dazu beigetragen, dass der Weltmarkt eine einigende Kraft wurde, sie sind zunehmend als neue Player in den internationalen Beziehungen aufgetreten. Ihre Macht ist oft größer als jene vieler Staaten, weil sie es sind, die die Spielregeln bestimmen, bei der Auswahl von Standorten bis hin zur Steuerpolitik. Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt zeigt der Marktwert, den einzelne Konzerne 2025 erreicht haben:

Apple \$ 1300 Milliarden; Amazon 2410 Milliarden Dollar; Microsoft 3000 Milliarden US-Dollar, um nur einige Beispiele zu nennen. Mit diesen neuen Playern haben sich Wesensmerkmale der Machtausübung entscheidend geändert: es genügt nicht mehr, Staaten bzw. deren Regierungen für die eigenen Interessen zu gewinnen, es geht auch darum, Menschen bzw. Bürger zu überzeugen. Die Zahl derer, die in Entscheidungsprozessen eingebunden sind, ist dramatisch gewachsen.

Neue Themen in den internationalen Beziehungen

War die Diskussion der internationalen Beziehungen die längste Zeit geprägt von der von Großmächten ausgeübten Machtpolitik, so bestimmten in den letzten Jahrzehnten zunehmend neue Themen den internationalen Diskurs: Menschenrechte, Umweltschutz, Entwicklungshilfe. Ja selbst die Moral wird als Maßstab des internationalen Handelns herangezogen. D.h. nicht, dass Machtpolitik als Leitmotiv des außenpolitischen Handelns verschwunden wäre. Aber sie ist nicht mehr die alleinige Richtlinie, das alleinige Thema im internationalen Geschehen.

So hieß es im Abschlussdokument der Welt-Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen in Wien im Jahre 1993: „Der universelle Charakter dieser Rechte und Freiheiten steht außer Frage“. Das war nicht immer so. Denn bis ins 20. Jahrhundert zeigten selbst christliche Kirchen Skepsis gegenüber Menschenrechten, deren Ursprung auf die antichristliche Haltung der Französischen Revolution zurückgeführt wurde. Im päpstlichen Dokument „Syllabus Errorum“ von Pius IX von 1864 wurden Menschenrechte als Ausdruck jenes liberalen Modernismus verworfen, dem „die Freiheit des Individuums wichtiger ist als das auf religiösen Wahrheiten gegründete Gemeinwohl“.

Gab es während des Kalten Krieges noch grundlegende Unterschiede hinsichtlich der Inhalte der Menschenrechte, sollte mehr der Einzelne betroffen sein oder das Kollektiv, so hat sich heute die Auffassung durchgesetzt, dass ein Rechtsstaat die Rechte seiner Bürger gewährleisten muss. Zahlreiche internationale Abkommen und Organisationen sollen das überprüfen. Diese Entwicklung hängt auch entscheidend damit zusammen, dass jedes Außenministerium eine Menschenrechts-Abteilung hat, die mit internationalen Gremien zusammenarbeitet. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; die Menschenrechts-Pakte der Vereinten Nationen betreffend die sozialen und kulturellen Rechte; Konventionen betreffend Flüchtlinge und Asylbewerber; gegen Rassendiskriminierung; Verbot von Folter; internationale Abkommen betreffend Frauen- und Kinderrechte; Schutzbestimmungen für Gastarbeiter sind nur einige der wenigen Dokumente, die heute auch die internationale Politik bestimmen.

Zweifellos gibt es immer wieder gravierende Verletzungen der Menschenrechte. Aber Staaten können sich dabei nicht mehr, so wie früher, auf ihre Souveränität berufen. Alle werden an den international festgelegten Standards gemessen, ob sie es wollen oder nicht.

Was werden die nächsten großen tektonischen Verschiebungen sein? Der Wettkampf um die Hegemonie in der Welt zwischen den Vereinigten Staaten und China wird weitergehen; die Europäische Union wird sich schwertun, selbst nach Beendigung des Krieges in der Ukraine, den weiteren Niedergang aufzuhalten; ob es im Iran nach Beendigung des Krieges zu dem von den USA und Israel gewünschten „Regime change“ kommt, ist höchst fraglich. Die großen tektonischen Verschiebungen haben ihren Ursprung im Erdinneren und folgen nicht einer menschlichen Planung.

DAS ENDE DER AMERIKANISCHEN ALLEINHERRSCHAFT

1. Es ist nicht leicht, die Zukunft vorherzusagen.

Denn erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Zu Beginn eines Jahrzehnts werden immer Vorhersagen für die kommenden Jahre gemacht. Interessant ist, dass dabei die tatsächlich wichtigsten Ereignisse, die dann eingetreten sind, nicht erwähnt wurden: 1970 hat niemand an die Ölkrise gedacht, die dann die Weltwirtschaft erschüttert haben. 1980 hat kaum jemand an den Fall der Berliner Mauer geglaubt, der Ende des Jahrzehnts tatsächlich eingetreten ist. 1990 schien der Zerfall der Sowjetunion in weiter Ferne, der nur ein Jahr später tatsächlich stattgefunden hat. Gerade im Jahr 2000 wurde alles Mögliche vorhergesagt, nicht aber die Anschläge auf das World Trade Center, die im darauffolgenden Jahr stattgefunden haben.

2. Aber: Die Welt verändert sich.

1926 glaubten viele, dass Britische Empire wäre nach dem Sieg im Ersten Weltkrieg am Höhepunkt seiner Macht angelangt. Nur eine Generation später hat es das Empire nicht mehr gegeben. 1945 wurde, unter Führung der USA, eine neue politische, wirtschaftliche und militärische Weltordnung eingerichtet. 1990 kam es zum Sieg des Westens im Kalten Krieg. Charles Krauthammer hat den „unipolar moment“, also die alleinige Vorherrschaft der USA in der Welt ausgerufen. Diese wurde am 20. Jahrhundert sehr stark von Ideologien und der militärischen Stärke eines Landes bestimmt. Beim Zusammenbruch des Ostblocks spielte aber auch die „soft power“, die Attraktivität der westlichen Lebensweise, eine nicht unwesentliche Rolle.

1826 war Fürst Metternich am Höhepunkt seiner Macht. Unter seiner Führung hatte Österreich die Vorherrschaft im Deutschen Bund und in weiten Teilen Italiens. Nur eine Generation später lebte er im Exil in England. Nach dem Sieg über Napoleon hatte die Heilige Allianz versucht, die Zeit anzuhalten, das „Gottesgnadentum“ als ewig gültiges Herrschaftsprinzip festzulegen und die Entstehung einer neuen Weltordnung aufzuhalten. Die Revolutionen von 1848/49 haben aber dann dem Wunsch der Bürger nach Verfassungen und Bürgerrechten Nachdruck verliehen und durchgesetzt. Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurde das Gleichgewicht in Europa grundlegend erschüttert.

1726 hatte Großbritannien bereits seine Vorherrschaft auf den Weltmeeren etabliert. Diese hatte sie nach dem Sieg im Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714) errungen.

Nach dem Sieg im Nordischen Krieg (1700-1721) erlangte Russland im Frieden von Nystad die Vorherrschaft im Ost- und Nordeuropa. Durch den Siebenjährigen Krieg (1756-1763) hat Frankreich seine Besitzungen in Nordamerika verloren. Als wie gering diese damals erachtet wurden, zeigt der Kommentar von Voltaire, der diesen Verlust von „quelques arpents de neige“, also von einigen Schneehaufen, durchaus als verkraftbar erachtete. Daraus ersieht man auch, wie sich die Einschätzung von Besitzungen und Macht im Laufe der Zeit ändern kann. Insgesamt kann man sagen, dass Herrschaft im 18. Jahrhundert vor allem auf militärischer Dominanz aufbaute.

3. In der Zwischenzeit hat sich das Wesen der Macht grundsätzlich geändert.

Macht ist vielseitig und vielschichtig geworden. Hat es militärische Macht, die Macht der Geographie und die Macht des Schicksals immer gegeben, so spielt heute neben der „hard Power“ die „soft Power“, also das Ansehen eines Landes, eine große Rolle. Es gibt die Macht der Ideen und der Ideologien; die Macht der traditionellen Medien und der neuen Medien; die Macht der Moral und die Macht der Bilder. Militärische Macht wurde relativiert, es ist schwieriger geworden, im Informationszeitalter Kriege zu gewinnen, anderen mit Gewalt den eigenen Willen aufzuzwingen. Durch die Bildungsrevolution wurde vielen jungen Menschen der Zugang zu mehr Wissen und Ausbildung eröffnet. Das führte auch dazu, dass Menschen selbstbewusster und kritischer wurden. Politik wird hinterfragt. Man ist nicht mehr bedingungslos bereit, den Willen anderer einfach hinzunehmen. Religiöser Fanatismus und Ideologien können allerdings dieselben Auswirkungen haben.

Entwicklungen und Ereignisse, die früher fraglos akzeptiert wurden oder akzeptiert werden mussten, stoßen nunmehr auf Widerstand. Das gilt nicht nur für Kriege und Militäreinsätze. Bürger engagieren sich in den unterschiedlichsten Bereichen, für den Umweltschutz, für Entwicklungshilfe oder für die Menschenrechte. Die Informationsrevolution hat diese Tendenz verstärkt durch Computer, durch das Internet oder eine digitale Vernetzung. Es gibt jetzt neue Möglichkeiten der Information, der Kommunikation oder der Mobilisierung von sozialen Bewegungen.

Die Träger von Macht wurden mehr. Es gibt zahlreiche neue Player. Waren es früher ausschließlich Staaten und deren Herrscher, die das internationale Geschehen bestimmten, so spielen heute transnationale Konzerne, NGOs, ja vielfach selbst Einzelpersonen wie Milliardäre und Schauspieler eine Rolle im internationalen Geschehen. Die Solidarnosc Bewegung in Polen hat, wie Nelson Mandela in Südafrika oder Aung San Suu Kyi in Myanmar, gezeigt, dass auch die Macht der Mutigen entscheidende Erfolge erringen kann.

4. Warum verändert sich die Macht in der Welt?

Stellt man die Frage, warum es in der Welt zu Machtverschiebungen kommt, spielen zunächst die **wirtschaftlichen Veränderungen** in einzelnen Ländern eine große Rolle. Selbst wenn die wirtschaftliche Stärke in den dominierenden Ländern weiter wächst, sind andere Länder in der Lage, durch ein stärkeres Wirtschaftswachstum aufzuholen. Betrachtet man den Anteil am Bruttonationalprodukt einzelner Volkswirtschaften am Welt-BIP, so bietet sich folgendes Bild: in % + Aussicht 2050

	EU	USA	China
1980	29	25	3
1990	30	26	2
2025	17	26	17
2050	9	14	20

1970 erzeugte die Gruppe der G7 Staaten, also die Vereinigten Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan, Italien und Kanada, zusammen 65 % des Welt -BIP; heute nur mehr 44 %. Dieser Rückgang bedeutet nicht, dass die G7 Länder ärmer geworden sind. Vielmehr sind die großen Schwellenländer, insbesondere China und Indien, viel schneller gewachsen als die traditionellen Industriestaaten. Gleichzeitig ist der Anteil der Länder des Globalen Südens am Welthandel von 35 % im Jahre 2000 auf 51 % nur zwölf Jahre später angestiegen. Der große Herausforderer für die USA und des gesamten Westens, wurde China, das, nimmt man die Kaufkraft- Parität als Basis, nach Berechnungen der Weltbank mit seiner Wirtschaftskraft die USA bereits überholt hat. Auch wenn diese Zahlen in ihrer Absolutheit hinterfragt werden können, die Tendenz ist klar. Diese zeigt sich auch sehr deutlich, wenn man die wichtigsten Konzerne der Welt von heute mit jenen von 1980 vergleicht. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

Die wichtigsten Weltkonzerne 1980

Konzern	Bereich
IBM	Comuter//IT
Exxon	ÖL & Energie
General Motors	Automobile
Royal Dutch Shell	Öl & Energie
Toyota	Automobile
General Electric	Indurtrie/Elektronik
Dupont	Chemie
Siemens	Elektrotechnik/Industrie
Hitachi	Elektrotronik/Industrie

Vor etwas mehr als einer Generation stand also die Computerindustrie noch am Beginn, IBM alleine an der Spitze. Ölkonzerne waren sehr mächtig; es gab noch keine Internet- oder KI- Konzerne. Unternehmen aus den USA, aus Japan und Europa waren dominierend.

Im Jahre **2025** sieht die Welt ganz anders aus:

Konzern	Bereich
NVIDIA	KI-Chips/Halbleiter
Microsoft	SoftwareCloud/KI
Apple	Smartphones/Technologie
Alhabet	Internet/KI/Google
Amazon	e-Commerce/Cloud
Meta Platforms	Social Media/KI
Saudi Aramco	Öl & Energie
Tesla	Elektroautos/Energie
Broadcom	Halbleiter
TSMC	Chipproduktion

Die Weltwirtschaft 2025 wird also sehr stark dominiert von Technologie und KI-Firmen. Halbleiter und künstliche Intelligenz sind ein wichtiger Wirtschaftsbereich geworden. Nur ein klassischer Ölkonzern ist noch unter den Top-10. Europa spielt keine führende Rolle mehr. Haben Öl- und Auto- Unternehmen 1980 noch stark dominiert, so haben nunmehr KI & Software; Halbleiter & Cloud die Vorherrschaft übernommen. Hat früher Kohle, Eisen- und Stahl- Produktion die Machtverhältnisse bestimmt, so sind es heute Künstliche Intelligenz und erneuerbare Technologien.

Dabei sind die USA weltweit führend, da sich dort auch die größten Unternehmen sowie die größten Cloud- und Rechenzentren befinden, denen auch die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung steht. Dazu kommt der amerikanische Kapitalmarkt, der enorme Investitionen ermöglicht. China ist zweifellos der stärkste Herausforderer, da der chinesischen Wirtschaft die industrielle Umsetzung der neuen Technologien in bemerkenswerter Weise gelungen ist. Staatliche Investitionsprogramme haben die Integration von Künstlicher Intelligenz und Produktion gefördert, was sich auch auf die große Zahl der in China angemeldeten KI- Patente ausgewirkt hat. Auch Großbritannien ist in diesem Bereich stark aufgestellt; wobei das Land auf eine entsprechende Forschung an seinen Universitäten, Unternehmen wie Deep Mind und amerikanische Investitionen aufbauen kann. Insgesamt muss man aber feststellen, dass Europa zwar wissenschaftlich stark, in der wirtschaftlichen Umsetzung aber zurückgeblieben ist. Beachtlich sind zweifellos die Leistungen, die im KI- Bereich in Forschung und Entwicklung in Taiwan, Israel, Südkorea oder Kanada erbracht werden.

Zwei Tendenzen bestätigen die Verlagerung der wirtschaftlichen Macht weg vom Westen und hin zum Globalen Süden: Der Handel zwischen den Entwicklungsländern hat stark zugenommen und macht jetzt 35 % des Welthandels aus; verglichen mit 25 % unter den westlichen Industrieländern (Amitav Acharya, „The once and future World Order“). Ausländische Direktinvestitionen zeigen ein ähnliches Bild: 2020 wurden 66,9 % davon in den Entwicklungsländern getätigt, wobei der Anteil der Industrieländer zum ersten Mal in der Geschichte übertroffen wurde.

Die Veränderungen der wirtschaftlichen Stärke einzelner Länder bedingen vielfach auch die Veränderungen im **militärischen Kräfteverhältnis**. Untersucht man mit Hilfe von ChatGTP, wie sich während der letzten 100 Jahre dieses immer wieder verschoben hat, zeigt sich folgendes Bild:

1926 hatten die Vereinigten Staaten bereits das größte Industriepotenzial und waren führend im Bereich der Technologie. Aufgrund dieser Stärke konnten sie im Zweiten Weltkrieg sowohl eine starke Marine, als auch die stärkste Luftwaffe der Welt aufbauen. Hinter den USA verfügte das Vereinigte Königreich über die stärkste Flotte und dominierte noch die Weltmeere. Die Streitkräfte Frankreichs galten als die stärkste Landarmee Europas. Es folgten Japan, die Sowjetunion, Italien, Deutschland, Polen, China und die Türkei. Deutschland war wegen des Versailler Vertrags stark eingeschränkt; die Sowjetunion begann bereits mit einer massiven Aufrüstung.

1976 befand sich die Welt mitten im Kalten Krieg. Nuklearwaffen, Raketen, eine Luftwaffe und Panzer bildeten das Rückgrat der Streitkräfte der Weltmächte. Diese wurden angeführt von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die Welt war weitgehend zwischen diesen Supermächten aufgeteilt. Hinter ihnen rangierte China, das zwar über riesige Streitkräfte verfügte, aber technologisch noch im Rückstand war. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland wurden als Mittelmächte eingestuft. Israel galt nach den Siegen in den Jahren 1967 und 1973 als militärisch extrem leistungsfähig. Japan war wirtschaftlich stark, verfolgte aber eine Politik der militärischen Zurückhaltung.

Welches Bild bietet sich im Jahre **2026** ? Die USA verfügen nach wie vor über das größte Militärbudget der Welt, sind aber in regionalen Kriegen in Vietnam, in Afghanistan und im Irak gescheitert. Russland ist eine gewaltige Atommacht; hat aber offensichtlich Schwierigkeiten, den Krieg in der Ukraine rasch zu entscheiden. China ist zu einer Supermacht aufgestiegen. Indien und Südkorea sind neue Großmächte. Der Niedergang Europas ist deutlich sichtbar, das Vereinigte Königreich kann nach dem Ende des Empires nur mehr als regionale Macht betrachtet werden.

Was die Zukunft betrifft, so haben die USA beschlossen, ihr Militärbudget für 2027 von \$1000 Milliarden auf \$ 1500 Milliarden aufzustocken. Wesentlich dabei ist auch, dass die militärische Stärke als integraler Teil der amerikanischen Außenpolitik angesehen wird.

Nach Daten des SIPRI Military Database ist das Militärbudget Chinas vom Jahr 2000 bis 2026 von \$40 Milliarden auf \$350 Milliarden gestiegen. Nach manchen Darstellungen ist die Flotte Chinas bereits größer als jene der USA. Anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas 2021 verkündete Staatspräsident Xi Jinping, dass sein Land bis Mitte des 21. Jahrhunderts eine globale Führungsrolle übernommen haben wird. Das sind bis jetzt starke Worte, wie stark die Kampfkraft tatsächlich ist, bleibt offen. Dass gerade zwei frühere Verteidigungsminister zum Tode verurteilt wurden, weist jedenfalls darauf hin, dass innerhalb der Streitkräfte nicht alles in Ordnung ist.

Wie sieht es mit dem Rest der Welt aus? Vor dem Krieg in der Ukraine waren die Militärausgaben in Asien größer als jene in Europa. Zur Unterstützung der Ukraine haben die europäischen NATO- Mitglieder die Militärausgaben entscheidend erhöht. Aber auch Indien, Nordkorea, Südafrika, Pakistan, Saudi-Arabien, Brasilien, die Türkei, der Iran und Ägypten haben die Investitionen im Militärbereich gewaltig gesteigert. Der Einsatz von Drohnen hat die Art der Kriegsführung verändert, Kriegsparteien aber auch neue Möglichkeiten eröffnet. Das hat man zunächst im Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan gesehen; darüber wird täglich aus dem Ukraine-Krieg berichtet. Die Künstliche Intelligenz eröffnet der Kriegsführung neue Dimensionen, sie kann wohl den Kriegen der Zukunft einen ganz neuen Charakter verleihen. In diesem Bereich sind die Vereinigten Staaten wohl führend, man wird sehen, wie weit es anderen Ländern gelingt, den Rückstand aufzuholen.

Sehr wesentlich für die Machtverschiebung in der Welt ist die unterschiedliche **demographische Entwicklung** in den einzelnen Regionen. Dabei kann man für den Zeitraum von 1950-2050 folgende Veränderungen feststellen: 1950 lag die Weltbevölkerung etwa bei 2,5 Milliarden Menschen, 2050 dürften es 9,7 Milliarden Menschen sein.

Nach Prognosen der Vereinten Nationen sollte sich bis zum Jahr 2050 eine ganz andere Reihenfolge der bevölkerungsreichsten Staaten darstellen.

Staat	Bevölkerung in Millionen	Staat	Bevölkerung in Millionen
	1950		2050
1. China	550	1. Indien	1670
2. Indien	375	2. China	1320
3. USA	180	3. Nigeria	375
4. Sowjetunion	180	4. USA	375
5. Japan	84	5. Pakistan	367
6. Indonesien	69	6. Indonesien	317
7. Deutschland	69	7. Brasilien	231
8. Brasilien	54	8. Demo.Rep.Kongo	215
9. GB	50	9. Äthopien	213
10. Italien	47	10. Bangladesch	203

In diesen 100 Jahren gibt es also gewaltige demographische Verschiebungen. Das Wachstum der Bevölkerung ist in einzelnen Regionen der Erde sehr unterschiedlich; 2050 gehört kein europäisches Land mehr zu den zehn bevölkerungsreichsten Staaten der Welt. Während die Entwicklung in Europa durch niedrige Geburtenraten und eine stetige Alterung gekennzeichnet ist, wächst der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung dramatisch. Auf diesem Kontinent lebten 1950 lediglich 9 % der Weltbevölkerung, 2050 werden es 26 % sein. In den heutigen EU -Ländern lebten 1950 13 % der Weltbevölkerung, 2050 nur mehr 5 %. Die USA bleiben demographisch vergleichsweise dynamisch. Insgesamt aber verlagert sich der demographische Schwerpunkt von den alten Industriestaaten zu den Schwellenländern, was natürlich auch von geopolitischer Bedeutung ist.

5. **Wie wirken sich die derzeitigen Kriege auf die neue Weltordnung aus?**

Was den **Krieg in der Ukraine** betrifft, so ist die westliche Zielsetzung klar und deutlich: Die Ukraine muss Teil des Westens, auch Mitglied der NATO werden. Russland muss in die Schranken gewiesen, auf jeden Fall massiv geschwächt werden. Russland wird durch massive Sanktionen isoliert, wenn möglich überhaupt in die Knie gezwungen.

Man hat die Geschlossenheit des Westens gefeiert. Tatsächlich hat die NATO mit Finnland und Schweden zwei neue Mitglieder gewonnen. Der Ukraine-Krieg sollte die Sicherheitsordnung, die nach dem Kalten Krieg in Europa gegen Russland aufgebaut wurde, bestätigen.

Doch wie sieht die politische Realität aus? Durch die kompromisslose Politik der Europäischen Union gegenüber Moskau wurde Russland in die Arme Chinas getrieben.

So sehr die vom Westen verhängten Sanktionen Russland geschadet haben mögen, der Verzicht auf günstige Energie aus Russland hat auch die europäische Wirtschaft schwer getroffen. Deutsche Konzerne verlagern ihre Produktion nach China, weil sie dort günstigere Energiepreise und bessere Produktionsbedingungen vorfinden. Darüber hinaus konnte sich der Globale Süden dadurch profilieren, dass ohne dessen Unterstützung Russland wohl kaum in der Lage gewesen wäre, die vom Westen verhängten Sanktionen zu überstehen.

Insgesamt vermittelt auch der Ukraine- Krieg das Bild „The West against the Rest“, auch wenn manche Staaten versuchen, beiden Seiten gerecht zu werden. Dabei reduziert sich der „Westen“ immer mehr auf die EU, seit Präsident Donald Trump Anstrengungen unternommen hat, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Aber Kriegstreiber in Berlin, London und Paris wollen den Kampf fortsetzen, „as long as it takes“. Durch den Ukraine- Krieg hat sich die EU von einem Friedensprojekt in eine Kriegsallianz verwandelt. Man wird sehen, wie sich die damit verbundene massive Ausrüstung wirtschaftlich auswirkt. Bis jetzt haben die neuen Energie-Partnerschaften den Wirtschaftsstandort EU jedenfalls nicht attraktiver gemacht. Das Vertrauen zwischen Russland und dem übrigen Europa wurde auf Jahre zerstört, die Angst vor einem großen Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Die Welt zieht weiter, Europa hingegen läuft Gefahr, abgehängt zu werden.

Auch die **Kriege im Nahen Osten** haben bisher dazu beigetragen, die früher weitgehend alleinige Dominanz des Westens in der Region zu schwächen. Der Einmarsch in den Irak 2003 führte zur Gründung des Islamischen Staates, die Interventionen in Syrien und Libyen zu jahrelangen Bürgerkriegen. Die These von einer vom Westen geführten „auf Regeln aufgebauten Weltordnung“ wird vor allem deshalb kritisiert, weil diese Regeln immer wieder sehr unterschiedlich ausgelegt werden. So manche westliche Intervention war kontraproduktiv. Der Sturz von Saddam Hussein hat dazu beigetragen, dass der Iran zu einer regionalen Macht aufgestiegen ist und im Nahen Osten eine „Achse des Widerstandes“ etablierte. Wenn Israel und die USA im Frühjahr 2026 versuchten, durch massive Militärschläge diese zu brechen, zeigte sich sehr rasch, welche starken Auswirkungen eine Destabilisierung der Region auf die ganze Welt hat. Außerdem wurde eines klar:

Die USA müssen, um einen Sieg reklamieren zu können, gesetzte Ziele wie „Regime change“ oder die Beendigung des iranischen Atom-Programms durchsetzen. Für die Mullahs genügt es zu überleben, um einen Sieg reklamieren zu können.

China nützt jedenfalls die Möglichkeit, im Nahen Osten als Vermittler und Wirtschaftspartner aufzutreten und konnte damit seinen politischen Einfluss ausbauen. Die Türkei und Saudi-Arabien, Verbündete der USA, agieren zunehmend als regionale Machtzentren. Da der Nahe Osten von nachhaltiger politischer und wirtschaftlicher Bedeutung für die ganze Welt ist, wirkt sich der Rückgang des westlichen Einflusses in dieser Region auf die ganze Welt aus.

Das gilt wohl auch für **Afrika**. Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit seiner Kolonien in Afrika hat Paris durch seine Politik „France-Afrique“ seine politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in den früheren Kolonien sichergestellt. Trotz intensiver Bemühungen, diese Stellung auch in Zukunft zu behalten, etwa durch die Unterstützung bei der Terror- Bekämpfung, war Paris gezwungen, alle seine Positionen in Afrika aufzugeben. Damit war auch der sinkende Einfluss Europas in weiten Teilen Afrikas verbunden. Von den in Mali, Burkina Faso und Niger etablierten Militärregierungen wurde den Europäern vorgeworfen, nicht genug unternommen zu haben, den Terrorismus in der Sahel- Zone zu bekämpfen.

Gleichzeitig investierte China von 2003-2024 in Afrika allein \$ 100 Milliarden in Unternehmungen. Darüber hinaus floss das Geld in Eisenbahnen, Straßen, Häfen, Kraftwerke und in die Telekommunikation. Es gibt Berechnungen, wonach China in den letzten 20 Jahren in Afrika bis zu \$ 500 Milliarden ausgegeben hat. China wurde Afrikas größter Handelspartner und ein wichtiger politischer Akteur auf dem Kontinent. Russland wiederum hat seine militärische Präsenz in einigen Ländern Afrikas stark ausgebaut. Moskau verweist auf die seinerzeitige Unterstützung beim Kampf gegen die Kolonialherren und nützt die immer wieder vorhandene damit verbundene antiwestliche Stimmung aus.

Tendenziell kann man wohl sagen, dass der Westen bei den derzeit ausgefochtenen Kriegen in der Ukraine, im Nahen Osten und in Afrika nicht jene Unterstützung findet, die notwendig wäre, um auch in Zukunft eine Vorherrschaft in der Welt sicherzustellen. Zahlreiche Länder der früheren „Dritten Welt“ tendieren eher dahin, in einer neuen, multipolaren internationalen Ordnung mehr Mitsprache zu suchen und zu finden. Wie weit das gelingt, hängt sicherlich auch vom Ausgang der Kriege, die derzeit geführt werden, ab.

6. Wer dominiert die neue Weltordnung?

Was nun die künftige Weltordnung betrifft, also die Machtstrukturen, die wirtschaftliche Stärke, die politischen Ideen und die Frage, welches Land als Führungskraft für Frieden und Stabilität in der Welt auftreten wird, so kann man eines sagen: in Zukunft wird nicht ein einziger Staat alleine diese Aufgaben übernehmen können, diese werden auf mehrere Länder aufgeteilt sein.

Dies deshalb, weil die kommende Weltordnung von mehreren Zivilisationen aus verschiedenen Regionen bestimmt sein wird. Zu lange waren wir gewohnt, dass der Westen allein die Regeln festlegt, nach denen die Welt regiert wird. Angesichts der wirtschaftlichen, militärischen und demographischen Veränderungen, die stattgefunden haben und stattfinden, wird nicht mehr ein Land alleine in der Lage sein, das internationale Geschehen zu bestimmen, weder die USA, noch China oder Indien. Auch nicht eine Staatengruppe wie die Europäische Union oder der Globale Süden oder die NATO. Zu eigenständig und zu selbstbewusst sind einzelne Länder geworden.

In der neuen Weltordnung werden einzelne Großmächte weiter versuchen, ihre Macht in ihren Interessensphären auszuüben. Die USA haben das sehr deutlich betont, wenn in der National Security Strategy 2025 die gesamte westliche Hemisphäre, einschließlich Grönland, zu ihrer alleinigen Einflusszone erklärt wurde. China sieht sich weiter als Reich der Mitte, wonach die chinesische Kultur das politische und kulturelle Zentrum der Welt ist. Und in Russland glauben wohl auch in Zukunft Menschen daran, dass Moskau das „Dritte Rom“ ist, das Zentrum des wahren orthodoxen Christentums.

Wie oben dargestellt, sind durch die machtpolitischen, wirtschaftlichen und demographischen Veränderungen in der Welt neue Machtzentren entstanden. Gleichzeitig hat die weltweite Informationsgesellschaft Aktivisten die Möglichkeit eröffnet, sich über Staatsgrenzen hinweg für ihre Anliegen zu engagieren: Gegen Kriege, für die Umwelt oder für die Menschenrechte. In diesem Sinne haben auch kleinere und mittlere Länder die Möglichkeit, das internationale Geschehen stärker zu beeinflussen als bisher.

So wie lange Zeit das Studium der „Internationalen Beziehungen“ auf den Westen konzentriert war, jetzt aber auf der ganzen Welt gelehrt wird, so wird die neue Weltordnung in Zukunft von Akteuren in den verschiedensten Teilen des Globus gestaltet werden. Und: Wie der Westen die Ausübung seiner Macht auf „westliche Werte“, die immer wieder als globale Werte dargestellt wurden, abgestützt hat, so könnte nunmehr China „asiatische Werte“ als Grundlage seiner Politik nehmen. Diese sind geprägt durch den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum; den Respekt vor Autorität und Hierarchie; oder die Bedeutung von Familie und sozialer Harmonie.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat jedenfalls asiatische Länder aufgefordert, „das Vertrauen in die eigene kulturelle Tradition zu stärken“ und, aufbauend auf den Errungenschaften der Vorfahren, „die asiatischen Kulturen zu einem neuen Höhepunkt zu führen“. Der indische Ministerpräsident Narendra Modi liegt auf derselben Linie, wenn er die Errungenschaften der indischen Zivilisation hervorhebt.

Insgesamt kann man daher wohl folgendes sagen: die USA werden für die vorhersehbare Zukunft eine bestimmende Macht auch in der künftigen Weltordnung sein. Die wirtschaftliche Macht ist getragen von weltweit führenden amerikanischen Konzernen, einem global ausgedehnten Dollar-System, starken Kapitalmärkten und einer gesicherten Energieversorgung. Das amerikanische Militär verfügt über das größte Budget in der Welt und wird systematisch auch auf die Kriege der Zukunft, auf KI- gesteuerte Systeme, Cyberkrieg und Satellitenkriege ausgerichtet. Dazu kommt der kulturelle Einfluss wie jener von Hollywood, auch wenn gerade in diesem Bereich die weltweite Konkurrenz stärker geworden ist.

China entwickelt sich weiter zu einem industriellen und technologischen Giganten und bleibt wohl der große Herausforderer für eine Vorherrschaft in der Welt. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und der Bevölkerungsrückgang könnten das Wachstum bremsen, aber China wird weiter bestrebt sein, die größte militärische Macht im Intro- Pazifik zu werden. Man wird sehen, wie konkurrenzfähig eine staatlich gelenkte Industrie- und Technologiepolitik in der Zukunft sein wird. Entscheidend wird auch sein, wie weit ein politisches System, das autokratisch ausgerichtet ist, der Dynamik der gegebenen Veränderungen gewachsen ist. Für die USA wird es jedenfalls leichter sein, die eigenen Möglichkeiten weiter auszubauen, als China am weiteren Aufstieg zu hindern. Indien ist schon heute das bevölkerungsreichste Land der Erde mit einer stark wachsenden Industrie und Hochtechnologie. Indien ist wegen seiner Größe und als Nuklearmacht jedenfalls auch ein geopolitischer Faktor und könnte im Globalen Süden eine Rolle spielen wie seinerzeit unter den Blockfreien.

Was Russland betrifft, so wird man sehen, wie das Land aus dem Ukraine- Krieg aussteigt. Es ist weiter eine führende Atommacht und zweifellos mehr als eine „Tankstelle mit Raketen“, wie Kritiker immer wieder abfällig bemerken. Positiv könnten sich die Sanktionen dahingehend ausgewirkt haben, dass Moskau gezwungen war, die Wirtschaft weit über die Förderung von Rohstoffen hinaus auf Produktion und Innovation auszurichten. Was offensichtlich in „normalen Zeiten“ nicht gelang, könnte unter dem Druck von außen möglich gewesen sein. Für die Europäische Union ist die Herausforderung jedenfalls klar: Wir müssen die größten Anstrengungen unternehmen, um mit der Dynamik der Welt mitzuhalten.

WELCHE ZUKUNFT FÜR EUROPA?

Betrachtet man die geopolitische Entwicklung der letzten Jahre, so muss man leider feststellen, dass Europa, vertreten durch die EU, stark an Einfluss verloren hat. Die USA unter Donald Trump wollen die Führungsrolle in der Welt behalten und lassen die Europäer klar wissen, dass ihnen dabei nur mehr eine dienende Rolle zukommt. Bei den Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine haben die europäischen Regierungschefs gerade eine Zuschauer Rolle; über den amerikanisch-israelischen Angriff auf den Iran im März 2026 wurden sie nicht einmal informiert.

Schon 2024 hat der langjährige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, in einem Bericht festgestellt, dass Europa wirtschaftlich und technologisch gegenüber den USA und China stark an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Ohne tiefgreifende Reformen droht eine langfristige wirtschaftliche Stagnation. Es bräuchte jährlich Zusatzinvestitionen von mehreren € 100 Milliarden, die es leider nicht gibt. Tatsächlich wächst das BIP Chinas von 2019-2030 um 57 %, das der EU nur um 16 %. Um Russland zu schaden, haben sich die Europäer von den günstigen russischen Öl- und Gas- Importen weitgehend zurückgezogen, mit dem Ergebnis, dass deutsche Konzerne ihre Produktion nach China verlagert haben, um dort von der günstigen russischen Energie zu profitieren.

Zum Ukrainekrieg hat der amerikanische Präsident wiederholt festgestellt, dass die Ukraine sehr wohl Schuld daran haben, dass dieser ausgebrochen ist. Und der amerikanische Außenminister Marco Rubio hat den Konflikt überhaupt einen „Stellvertreter-Krieg“ genannt. Die EU hingegen hat der Ukraine seit 2022 bereits eine Unterstützung in der Höhe von € 193 Milliarden gewährt und ist entschlossen, weiter Geld nach Kiew zu schicken, „as long as it takes“.

Zweifellos hat die Europäische Union ihren Bürgern einiges gebracht: man profitiert vom Wegfall der Zollkontrollen und der Wartezeiten. Österreich hat seine Exporte in die anderen EU- Mitgliedstaaten in den vergangenen 30 Jahren vervierfacht- von € 33 Milliarden im Jahre 1995 auf € 137 Milliarden im Jahre 2023. Es wurde ein Binnenmarkt geschaffen, der das Ziel hat, Freizügigkeit für Menschen und Waren zu erleichtern; und die Schengen- Erweiterung wollte zunächst alle Grenzen abschaffen. Dennoch stellt sich die Frage, warum Europa an Stellenwert in der Welt verloren hat? Wohl deshalb, weil einige grundlegende Fragen nicht gelöst sind.

Nun verkünden viele Medien, die EU sollte massiv aufrüsten, um in der Welt wieder etwas zu gelten. „Wir müssen unsere Volkswirtschaften auf Kriegswirtschaft umstellen“, hört man. Der französische Generalstabschef Fabien Mandon hat sogar verlangt, wir müssen dazu bereit sein, dass unsere Kinder an der Front sterben.

Meines Erachtens ist diese Kriegstreiberreihe ein Wahnsinn und absolut nicht zielführend, wenn es darum geht, den Stellenwert Europas in der Welt zu verbessern. Das ist so, als hätte das antike Griechenland einen besseren Platz in der Geschichte, wenn es gegen das imperiale Rom oder gegen das Reich der Parther aufgerüstet hätte.

Was die EU hingegen tun muss, ist, grundlegende Fragen ihre Existenz zu lösen:

1. Welche Union wird angestrebt? Ein Bundesstaat oder ein Staatenbund?
2. Wie sollen die transatlantischen Beziehungen gestaltet werden?
3. Europa mit oder ohne Russland?
4. Brauchen wir mehr Butter oder mehr Kanonen?

Ad 1. In dem 1957 beschlossenen Vertrag von Rom wurde festgelegt, eine „immer engere Union“ in Europa anzustreben. Jean Monnet und seine Anhänger strebten eine supra-nationale Gemeinschaft an, in der die Rolle der Nationalstaaten stark eingeschränkt würde. Der damalige französische Staatspräsident de Gaulle wollte ein „Europa der Vaterländer“, also einen Zusammenschluss der Nationalstaaten. Bis heute ist dieser Streit nicht gelöst, noch ärger: Beide Seiten agieren zunehmend so, als würde es die andere nicht geben. Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen gebärdet sich als „Präsidentin der Vereinigten Staaten von Europa“. Andere, etwa die radikalen rechten und radikalen linken Parteien, wollen die Kompetenzen von Brüssel stark zurückdrängen. Eine Lösung ist nicht leicht. In den USA wurde wegen dieser Frage ein blutiger Bürgerkrieg geführt.

Die derzeitige Situation ist so, dass wir in einer Periode der „geteilten Souveränität“ leben: Nationale Souveränität wurde aufgegeben, es wurde aber keine europäische Souveränität geschaffen. Wir haben nationale Währungen aufgegeben, es gibt mit dem Euro eine europäische Währungsunion. Aber es gibt keine europäische Wirtschaftsunion, die eine Voraussetzung für eine funktionierende gemeinsame Währung sein müsste. Wir haben nationale Grenzkontrollen aufgegeben, aber die „Beschlüsse von Dublin“, welche die Grundlage einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik sein sollten, haben sich in Krisenzeiten als obsolet erwiesen. Man spricht von einer Gemeinsamen außen- und Sicherheitspolitik (GASP), aber gerade die großen Länder der EU waren nicht bereit eine eigene Außenpolitik zur Durchsetzung ihrer Interessen aufzugeben. Jetzt benützen Spitzen der EU den Krieg in der Ukraine, um einen europaweiten militärischen Führungsanspruch zu erreichen. Aber dieses Verhalten ist durch die Verträge in keiner Weise gedeckt.

Aber auch die Befürworter einer „europäischen Souveränität“ sind in ihrer Haltung lange nicht konsequent. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron etwa hat in einer Grundsatzrede an der Sorbonne am 26. 9. 2017 davon gesprochen, dass wir mehr „europäische Souveränität“ brauchen und wurde dafür gefeiert.

Gleichzeitig verlangte er aber auch in Bereichen wie Verteidigung, Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, bei Klima und Energie, mehr französische Souveränität. Bei der „europäischen Souveränität“ geht es also oft mehr um Wunschdenken als um Wirklichkeit. Und obwohl die Agrarpolitik seit den Gründungsverträgen eine europäische Angelegenheit sein sollte, heißt das französische Landwirtschaftsministerium offiziell immer noch „Ministère de l’Agriculture et de la Souveraineté nationale“. Vielleicht wäre ein gesamteuropäischer Konvent in der Lage, in dieser existenziellen Frage mehr Klarheit zu schaffen.

Ad 2. Wie steht es um das transatlantische Verhältnis? Dieses war nie so ideal, wie es „Transatlantiker“ manchmal darstellen. Andererseits hat Donald Trump Unrecht, wenn er sagt, die Integration Europas hätte sich von Beginn an gegen die Vereinigten Staaten gerichtet.

Grundsätzlich haben die USA die europäische Einigung von Beginn an dort unterstützt, wo sie geglaubt haben, ein Vereintes Europa würde sich in einer atlantischen Partnerschaft ein- bzw. unterordnen. Das war schon der Fall, als sich Washington nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der OEEC (Organisation für europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit) dafür einsetzte, den Marshall-Plan zu koordinieren, den Handel und den Zahlungsverkehr auf dem alten Kontinent zu erleichtern, um damit eine künftige Freihandelszone zu fördern.

Viele sahen in einer Akzeptanz des amerikanischen Führungsanspruchs keine Nachteile, jedenfalls keinen Widerspruch zu konkreten Vorteilen für europäische Länder. Von Jean Monnet wird jedenfalls gesagt, dass er für Ratschläge seitens der amerikanischen Politik sehr offen war. Etwas anders sah ein anderer großer Europäer, Jacques Delors, das transatlantische Verhältnis, als er einmal feststellte: „wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der USA im Vertrauen darauf, dass sich die Amerikaner nicht in europäische Angelegenheiten einmischen“. Aber so einfach ist es offensichtlich nicht.

Immer wieder gab es starke Kräfte, die einen amerikanischen Führungsanspruch in Europa bejahten, insbesondere bei Sicherheitsfragen. Aber es gab auch immer wieder andere Bestrebungen. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle etwa war 1963 bemüht, mit dem Elysée- Vertrag die französischen Vorstellungen von einem Vereinten Europa mit Unterstützung Deutschlands durchzusetzen. Aber der Deutsche Bundestag bestand letztlich darauf, in der Präambel zum Vertrag auf die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft für die Bundesrepublik hinzuweisen.

Henry Kissinger, Sicherheitsberater und Außenminister unter Präsident Richard Nixon, befürchtete, dass die Einigung Westeuropas die Führungsrolle Amerikas schwächen könnte. Er bevorzugte die bilateralen Beziehungen mit einzelnen europäischen Staaten und sprach von Europa als „Frankenstein- Monster“.

Es galt, dieses Ungetüm auf Dauer zu bändigen. Im Kontext des Kalten Krieges wurde die sicherheitspolitische Integration der westlichen Länder befürwortet, da sie auch die Abhängigkeit Europas von den USA verstärkte. Die europäische Integration wurde also nur dann von Nixon und Kissinger toleriert, wenn sie die amerikanische Hegemonie im transatlantischen Bündnis stärkte, nicht aber, wenn Sie diese zu verwässern oder gar zu unterminieren drohte (Klaus Larres).

Wenn also Donald Trump die Europäische Union eher kritisch sieht, dann ist dies keine grundsätzlich neue Haltung einer amerikanischen Regierung. Der derzeitige amerikanische Präsident hat zweifellos seinen eigenen Stil und seine eigene Art, sich auszudrücken. Die europäische Führung verhält sich derzeit ihm gegenüber zwischen Unterwürfigkeit und Trotz. Dabei sollte man sich überlegen, wie eine Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen grundsätzlich möglich ist, wie sich ein selbstbewusstes Europa unter amerikanischer Führung entfalten kann.

Ad 3. Eine weitere entscheidende Frage: Kann Russland unser Partner sein? De Gaulle jedenfalls hat ein Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ angestrebt. Schon vor dem Krieg in der Ukraine gab es kein anderes Land, gegen das die Vereinigten Staaten so viele Sanktionen verhängt hatten wie gegen Russland. Dabei wollte Donald Trump in seiner ersten Amtsperiode die bilateralen Beziehungen sogar verbessern. Scharfmacher in den USA erhoben den Vorwurf, „Putin“ habe sich in dem Präsidentschaftswahlkampf 2016 eingemischt und die Wahl von Hillary Clinton verhindert. Neokonservative in Washington proklamierten offen einen „Regime change“ in Moskau; auch amerikanische Botschafter in Moskau wie Michael McFaul waren auf dieser Linie. Offensichtlich bedachte man nicht, dass das politische System Russlands seit Jahr-hunderten eigenen Regeln folgt. Wie dies plötzlich geändert werden soll, bleibt ein Geheimnis derer, die diese Politik betrieben haben. Russland lässt sich nicht ein- und unterordnen wie andere früher kommunistische Länder. Russland ist nicht Albanien.

Als Frankreich und Deutschland die ersten Schritte zur europäischen Integration setzten, waren sie bereit, Souveränität aufzugeben, um Frieden zu schaffen. Die früheren kommunistischen Länder Osteuropas, Polen und Balten, gewannen durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union mehr Souveränität, da ihre nationale Identität während der kommunistischen Herrschaft weitgehend ausgelöscht wurde. Diese neue Souveränität wollten sie dazu nutzen, um mit neuer Kraft gegen Russland aufzutreten. Angesichts dessen, was im Laufe der Geschichte geschehen ist, ist diese Haltung verständlich. Aber die Sicherheit in Europa ist ohne Russland schwer möglich. Russland ist ein Teil unseres Kontinents, die Geografie lässt sich nicht verändern. Bisher hat man nicht den Eindruck, dass die Europäer aus der Auseinandersetzung mit Russland gestärkt hervorgegangen sind.

Nachdem die USA wieder entdeckt haben, dass man mit Moskau gute Geschäfte machen kann, sollten sich die Spitzen der EU zumindest überlegen, ob nicht auch seitens Europas eine realistische Haltung angebracht wäre. Wunschdenken ist keine gute Grundlage für eine erfolgreiche Politik.

Ad 4. In diesem Sinne stellt sich die Frage: Brauchen wir mehr Butter oder mehr Kanonen? Europa rüstet auf. Die europäischen NATO- Mitglieder haben sich verpflichtet, 5 % ihres Bruttonationalprodukts für das Militär auszugeben. Obwohl schon Präsident John F. Kennedy die europäischen Partner aufgefordert hat, mehr für ihre Verteidigung zu tun, hat Präsident Donald Trump nun auf seine Art erreicht, dass die Europäer der amerikanischen Forderung nachkommen. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat in seiner Regierungserklärung dargelegt, dass die deutsche Bundeswehr die „stärkste konventionelle Macht“ in Europa werden muss. Der britische Verteidigungsminister John Healey will die Rüstungsindustrie seines Landes massiv ausbauen. Der Generalstabschef der französischen Streitkräfte, General Fabien Mandon, hat erklärt, „Frankreich muss darauf vorbereitet sein, im Konflikt mit Russland seine Kinder zu verlieren“. Manche, wie der polnische Ministerpräsident, erklären, dass wir uns bereits im Dritten Weltkrieg befinden; andere sagen, wir steuern darauf hin.

Dabei sind die Europäer, gerade im Vergleich mit Russland, militärisch nicht schlecht aufgestellt: Die Europäische Union verfügt, zusammen mit dem Vereinigten Königreich, über 2 Mill. aktive Soldaten; Russland hingegen höchstens über 1,3 Mill. Darüber hinaus können die Europäer auf bis zu 3 Mill. Reservisten zurückgreifen, Russland höchstens auf 2 Millionen. Auch bei den Kampfpanzern sind die Europäer mit 6000 Stück den Russen mit höchstens 3000 weit überlegen. Einen Vorteil gibt es, nach dieser Aufstellung, für Russland bei den Artillerie- Systemen, wo das Kräfteverhältnis 20 000 zu 12 000 beträgt. Hingegen hat Europa mit 2000 Kampfflugzeugen mehr und modernere Jets als Russland (1200). Auch bei der Marine ist das Kräfteverhältnis sehr eindeutig auf der Seite der Europäer, etwa im Bereich der Flugzeugträger. Allerdings verfügen Frankreich und Großbritannien nur über 500 Atomwaffen; Russland hingegen über 5500. Insgesamt betragen die Militärausgaben der Europäer jährlich etwa \$ 400 Milliarden; jene Russlands offiziell \$ 120 Milliarden. Klar ist, dass nicht nur diese Zahlen die Einsatzbereitschaft eines Militärs widerspiegeln, es geht sehr wohl auch um die Kommando- Struktur, sowie um die Einsatzbereitschaft. Diesbezüglich besteht zweifellos bei den 27 europäischen Armeen eine große Möglichkeit, diese zu verbessern. (Diese Zahlen basieren auf einer Darstellung der französischen Publikation Le Point 2026-„Le temps des predateurs“).

Die nunmehr ausgebrochene Kriegshysterie wird immer wieder angefacht von Meldungen des „britischen Geheimdienstes“, wonach „Putin“ plant, in einigen Jahren in Europa einzumarschieren. Manchmal hat man den Eindruck, die Engländer haben den Russen nie verziehen, dass sie ihr eigenes Empire verloren haben. Dabei ist die offizielle Propaganda in sich höchst widersprüchlich.

Einerseits wird den Russen vorgeworfen, dass ihre Armee korrupt und inkompetent ist, was dadurch zum Ausdruck kommt, dass in einem Jahr nur ein Prozent des ukrainischen Territoriums eingenommen werden kann. Andererseits wird behauptet, „Putin“ würde umgehend nach Lissabon durchmarschieren, würden ihn die tapferen Ukrainer nicht aufhalten. Im Programmheft zum Stück „Die letzten Tage der Menschheit“ kann man lesen: *„In der Neuen Freien Presse sieht Karl Kraus das perfekte Beispiel für eine bürgerliche-liberale Zeitung, die sich mit der Macht arrangiert, legitimiert und dabei vorgibt, objektiv zu berichten“*. Hat sich seither etwas geändert?

Wenn gefordert wird, wir brauchen eine Kriegswirtschaft, muss man wissen, was das bedeutet. Soll unser Welfare-State in einen Warfare-State umgewandelt werden? Der unlängst in Washington von der Regierung Trump vorgelegte Budgetvorschlag für 2027 zeigt, wo in den USA die Prioritäten liegen: die Militärausgaben sollen im nächsten Jahr bei \$ 1500 Milliarden liegen, was eine Steigerung um 44 % in einem Jahr bedeutet. Die Ausgaben für Erziehung und Bildung, die ohnehin nur \$ 76,5 Milliarden betragen, werden hingegen um 3 % gekürzt. Nun ist es richtig, dass in den Vereinigten Staaten die Ausgaben für Bildung primär von den Kommunen getragen werden. Aber auch das Bundesbudget zeigt sehr deutlich, welche Gesellschaft man haben will (New York Times April 10th 2026). In jenen Bereichen, die die Daseinsvorsorge betreffen, wird in den USA primär der einzelne Bürger belastet. Ein College kann durchaus \$ 30.000 im Semester kosten. 27 Millionen Menschen haben immer noch keine Krankenversicherung. 1,2 Millionen Privatpolizisten müssen angestellt werden, weil die öffentliche Hand die Sicherheit nicht gewährleisten kann. (In dieser Zahl sind die Sicherheitskräfte, die in vielen Häusern Manhattans und in anderen Großstädten angestellt sind, nicht einbezogen.) In den Ländern Europas ist der Staat bemüht, die Grundlagen für die persönliche Lebensqualität zu schaffen, in den USA nicht.

Angesichts des derzeitigen Kriegsgeschreis sollte man auch eines bedenken: Kein Krieg der USA in den letzten zwei Generationen hat das erhoffte Ergebnis gebracht, u.a. weder der in Vietnam, noch der in Afghanistan, noch die Libyen-Intervention. Es wird immer schwieriger, im Informationszeitalter Menschen mit Gewalt den eigenen Willen aufzuzwingen. Das europäische Friedensmodell hat sehr gut funktioniert, dennoch sind wir dabei, das amerikanische Modell zu übernehmen, wonach der Grundsatz gilt „Foreign Policy without the backing of the Military, is like a Baseball Game without a Baseball Bat“. Krieg ist ein integraler Teil der amerikanischen Außenpolitik, in Europa hat diesbezüglich ein fundamentales Umdenken stattgefunden. In Europa ist es uns nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, auch die Außenpolitik zur Förderung des Wohls der Bürger einzusetzen. Aus Konfrontation wurde Kooperation, aus Warfare wurde Welfare. Nunmehr soll dieses Modell wieder auf den Kopf gestellt werden.

Es soll kein Zweifel daran bestehen, dass das österreichische Bundesheer die zur Sicherung unseres Landes notwendigen Mittel bekommt. Hingegen geht es den USA nicht um eine defensive Sicherheit, sondern darum, mit militärischen Mitteln die weltweite Vorherrschaft aufrecht zu erhalten. Die Europäer werden angehalten, dazu ihren Beitrag zu leisten. Aus diesem Grund wurde, wie auch Präsident Donald Trump betonte, das „Department of Defense“ in „Department of War“ umbenannt. Das ist durchaus legitim, aber müssen wir dabei mitziehen? Unser Wohlfahrtsstaat kann zweifellos in einen oder anderen Bereich modifiziert werden, aber eine Kriegswirtschaft brauchen wir deshalb nicht.

Angesichts all dieser Entwicklungen wird es nicht leicht sein, den Niedergang Europas aufzuhalten. Aber der Versuch sollte zumindest unternommen werden